

STANDORTCHECK DEUTSCHLAND

I/2008



Schlaglichter

Reformdividende bei Wachstum und Beschäftigung

Aufholprozess gegenüber anderen Ländern noch nicht abgeschlossen

USA: Zunehmende Schwächen auch bei strukturellen Indikatoren

Fortschreitende Integration in die Weltwirtschaft als Wachstumstreiber (s. Brennpunktthema ab S. 8)

Starke Position Deutschlands auf dem Weltmarkt auch gegenüber Schwellenländern

Verlagerung der Produktion ins Ausland zuletzt deutlich gebremst

Deutschland im internationalen Vergleich

Turbulentes weltwirtschaftliches Umfeld und Schlingerkurs bei Reformen gefährden das Wachstum

Deutschland kann ebenso wie viele andere Industrienationen auf zwei erfolgreiche Jahre des Aufschwungs zurückblicken. Die wirtschaftliche Dynamik hat erstmals seit langem auch den Arbeitsmarkt erfasst und die Erwerbstätigkeit auf den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung ansteigen lassen. Dazu haben neben dem günstigen weltwirtschaftlichen Umfeld auch die strukturellen Veränderungen

im Rahmen der Hartz-Reformen und der Agenda 2010 beigetragen. Die Arbeitsmärkte sind dadurch flexibler, die Arbeitsanreize stärker geworden. Auch das Umfeld für die Unternehmen hat sich mit der Steuerreform zu Beginn des Jahres insgesamt verbessert. Deutschland hat damit im Zuge des jüngsten Aufschwungs erstmals eine merkliche Reformdividende verbuchen können.

Den stärksten Vorteil davon haben viele bisher Arbeitslose gehabt, die inzwischen wieder eine Beschäftigung gefunden haben. Insgesamt hat sich die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland seit dem Beginn des Aufschwungs um 14 Prozent reduziert. Weder in der Aufschwungphase 1993 bis 1995 noch in der von 1999 bis 2001 konnte ein solch starker Rückgang verzeichnet werden. Der Aufschwung ist also keineswegs an den Arbeitnehmern

vorbeigegangen, sondern hat ihre drängendsten Sorgen ein gutes Stück geringer werden lassen. Auch der Vorwurf, der Aufschwung erreiche die Beschäftigten nicht und nur die Unternehmen profitierten, ist bei genauerer Betrachtung grob vereinfachend, weil sich die Struktur der Beschäftigung stark verändert hat. Das IW Köln stellt unter Berücksichtigung der seit 1991 gesunkenen Arbeitszeit und der vielfach entstandenen Teilzeitbeschäftigung, auch im Rahmen geringfügiger Beschäftigung, fest, dass ein Arbeitnehmer, der heute in einem vergleichbaren Job arbeitet wie vor 15 Jahren, durchaus mehr verdient. Ein Arbeiter mit Familie hat in Westdeutschland im Jahr 2006 real 13,4 Prozent netto mehr Lohn in der Tasche als noch 1991. Für Arbeiter und Angestellte in Ostdeutschland betragen die Zuwachsraten sogar 39,0 bzw. 57,8 Prozent.

Der wirtschaftliche Aufwärtstrend ist infolge der Finanzmarkturbulenzen seit der zweiten Jahreshälfte 2007 ins Stocken geraten. Die Rezessionsgefahr in den USA und die weltwirtschaftliche Wachstumsabschwächung dürften die arbeitsmarktpolitischen Erfolge in Deutschland allerdings nur vorübergehend beeinträchtigen. Zu Unwägbarkeiten führt aber auch, dass die Wirtschaftspolitik inzwischen den eingeschlagenen Reformweg verlassen hat und dabei ist, das Rad teilweise wieder zurückzudrehen. Bereits verabschiedete oder geplante Maßnahmen wie die nicht regelkonforme Rentenerhöhung, die Verlängerung des Arbeitslosengeldbezugs für Ältere und die Erhöhung von Transferleistungen aller Art sind erkennbar wahlpolitisch motiviert. Sie werden kaum spürbare Verbesserungen für die Betroffenen mit sich bringen, drohen aber, die erarbeitete Reformdividende wieder zu verspielen.

Im Jahr 2007 betrug das Wirtschaftswachstum in Deutschland 2,5 Prozent. Für das Jahr 2008 wird bei einem Wachstum von 1,7 Prozent mit einer weiteren – wenn auch deutlich schwächeren – Beschäfti-

gungszunahme gerechnet. Dies ist vor allem angesichts der bereits Ende des vergangenen Jahres weltweit um sich greifenden Finanzkrise und der Anfang des Jahres 2007 erhöhten Umsatzsteuer ein beachtlicher Erfolg. Die Wachstumsimpulse kamen – wie oftmals in den vergangenen Jahren – vor allem aus dem Ausland: Da die Exporte deutlich stärker zugenommen haben als die Importe, beziffert sich allein der Außenbeitrag auf gut 1,4 Prozentpunkte (vgl. Brennpunktthema). Die inländische Verwendung hat mit einem Prozentpunkt zum Wachstum beigetragen, wobei sich vor allem Unternehmensinvestitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen dynamisch entwickelten. Neben der hohen Kapazitätsauslastung infolge voller Auftragsbücher hat auch die anstehende Unternehmenssteuerreform zu einem Anstieg der Investitionen geführt. Seit Januar 2008 ist zudem die degressive Abschreibung bei Unternehmensinvestitionen abgeschafft; das hat zu Vorzieheffekten im Jahr 2007 geführt.

Auch in den hier betrachteten 21 OECD-Staaten (vgl. zur Länderauswahl Abbildung 2) insgesamt verlief das Jahr 2007 mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 2,7 Prozent und einem Rückgang der durchschnittlichen Arbeitslosenquote auf nur noch 5,4 Prozent sehr positiv. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der OECD-Staaten stieg im Vergleich zum Vorjahr um 4,7 Prozent auf 36.015 US-Dollar (in Kaufkraftparitäten). Seit Mitte des Jahres 2007 haben allerdings externe Entwicklungen die Wachstumsaussichten stark eingetrübt. Eine anfänglich auf die USA begrenzte Hypothekenkrise hat sich inzwischen zu einer weltweiten Finanzmarktkrise ausgeweitet, die auch deutsche Banken in Mitleidenschaft gezogen hat. Zusätzlich gefährden stark gestiegene Energie-, Rohstoff- und Lebensmittelpreise die Wachstumsdynamik. Obwohl sie überwiegend reale Kosten darstellen, die nicht einfach etwa durch höhere Löhne kompensiert werden können, drohen sie die bisherige Lohnzurückhaltung zu beenden und die

ohnehin hohe Inflation weiter anzuheizen. Sowohl die bisherigen Erfolge als auch die künftigen Risiken verteilen sich sehr unterschiedlich auf die OECD-Länder. Einige von ihnen konnten sich in den vergangenen Jahren weiter verbessern, andere erlitten Rückschläge oder müssen zumindest damit rechnen, wenn sie die Warnsignale nicht beachten. Letzteres gilt auch für Deutschland, das sich trotz der guten wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen zwei Jahre im internationalen

Im Erfolgsindex des Standort-Checks liegt Deutschland – im Gegensatz zum Aktivitätsindex – noch im roten Bereich. Der Erfolgsindex misst die Erfolge der Länder anhand von zwei Zielbereichen: Der Zielbereich Wachstum setzt sich aus dem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf sowie der Wachstumsrate des Produktionspotenzials zusammen. Damit geht sowohl das Wohlstandsniveau als auch seine (konjunkturbereinigte) jährliche Zunahme in diese Zielkomponente ein. Der Zielbereich Beschäftigung setzt sich aus der (standardisierten) Arbeitslosenquote sowie dem Erwerbstätigenzuwachs zusammen. Zur Veranschaulichung werden die Ergebnisse beider Zielbereiche jeweils in Punktwerte zwischen 0 und 120 umgerechnet, wobei 120 den höchsterreichbaren Wert darstellt. Die Punktvergabe folgt dabei für jede Einzelgröße einem einheitlichen Prinzip: Benchmark ist jeweils der Mittelwert der besten drei Länder. Der erreichte Punktwert eines Landes in dem entsprechenden Zielbereich ergibt sich dann daraus, wie weit es von dieser Benchmark entfernt ist. Die Punktwerte werden dabei in die folgenden drei „Ampelphasen“ eingeteilt: Erreicht ein Land im Durchschnitt der beiden Zielbereiche 100 bis 120 Punkte, so liegt es im grünen Bereich. Bei Erreichen von 80 bis unter 100 Punkten liegt es im gelben Bereich. Der rote Bereich ist erreicht, wenn im Durchschnitt der beiden Zielbereiche weniger als 80 Punkte erzielt wurden.

Standort-Check der 21 wichtigsten Industrieländer noch im gelben Bereich des Aktivitätsindex befindet.¹ (vgl. Abbildung 2) Trotz einiger Erfolge vor allem in den Bereichen Jugendarbeitslosigkeit, Partizipationsrate, Teilzeitarbeit und Streikquote bleibt der Aufholprozess gegenüber den anderen Ländern mühsam. Die zuletzt erzielten Fortschritte bei Wirtschaftswachstum und Beschäftigung sind zweifellos erfreulich, aber insofern zu relativieren, als dass andere Länder ebenfalls von der guten Weltkonjunktur profitiert haben. Die zurückliegenden Reformen waren somit zwar Schritte in die richtige Richtung, Deutschland hat aber im Vergleich mit den meisten anderen OECD-Ländern weiterhin Aufholbedarf.

USA rutschen ab

Nachdem die Weltproduktion im Jahr 2007 anfangs sehr stark gewachsen war, trübte am Ende des Jahres die US-Immobilienkrise das Konjunkturklima deutlich ein. In den USA ist ein zehn Jahre anhaltender Immobilienboom, der durch die Federal Reserve Bank mit ihrer expansiven Geldpolitik der Jahre 2003 bis 2005 unterstützt worden war, zu Ende gegangen. In diesem Umfeld ermöglichten die langfristig niedrigen Zinsen auch einkommensschwachen Bevölkerungsschichten, günstig Kredite aufzunehmen. Diese eigentlich traditionellen Kredite wurden von den Banken handelbar gemacht und weiterverliehen, um ihre Renditen über einen hohen Verschuldungsgrad zu „hebeln“. Verführt durch das trügerische Bild immer weiter steigender Immobilienpreise wurden dabei selbst Mischungen aus guten und schlechten Hypothekenkrediten (subprime) von Rating-Agenturen erstklassig bewertet und damit ihre Intermediation erleichtert. Als dann die Immobilienpreise einbrachen und die ersten Finanzinstitute aufgrund sinkenden Vertrauens Refinanzierungsausfälle erlitten, wurden die Ratings nach unten

angepasst mit der Folge weiterer Kreditausfälle und einer Ausweitung der Krise. Durch die neuen Techniken und Formen der Kreditintermediation, bei der auch Banken in Europa und Asien Kreditrisiken von amerikanischen Banken übernommen hatten, kam es zu einer weltweiten Ausbreitung der Krise. Die Risikoprämien für Kreditvergaben sind inzwischen sprunghaft angestiegen, die Investitionsbedingungen und die Möglichkeiten der privaten Verschuldung haben sich dadurch deutlich verschlechtert. Auf diese Weise ist die Finanzkrise auch zu einer Bedrohung für die Weltkonjunktur geworden.

Trotz des turbulenten Jahresausgangs hat der private Konsum in den USA das dortige BIP-Wachstum im Jahr 2007 noch über dem Trend gehalten. Das verfügbare Einkommen und damit auch der Konsum wurden insbesondere durch große Bonuszahlungen und Aktienoptionen zu Jahresbeginn unterstützt. Aufgrund des schwachen Dollars und der damit einhergehenden besseren Exportleistung konnte sogar das amerikanische Leistungsbilanzdefizit etwas verringert werden. Jedoch haben sich die Staatsfinanzen kaum verbessert, die Staatsverschuldung ist im vierten Jahr hintereinander auf nun 63,8 Prozent des nominalen BIP gestiegen. Der im Vergleich zum Vorjahr ohnehin bereits geringere Beschäftigungszuwachs führte in Verbindung mit dem negativen Vermögenseffekt in Folge der Immobilienkrise zu einer Eintrübung des Konsumklimas zum Jahresende 2007. Für das Jahr 2008 wird sogar mit einer Rezession der US-Wirtschaft gerechnet. Zudem weisen die Vereinigten Staaten nach jüngsten Revisionen des „Current Population Survey“ mit aktuell nur knapp 66 Prozent eine der geringsten Partizipationsraten aller OECD-Länder auf. All dies hat dazu beigetragen, dass die USA im Erfolgsindex des internationalen Standort-Checks erstmals seit 2002 nicht mehr im grünen Bereich liegen, sondern in den gelben Be-

reich abgefallen sind. Gleichwohl weisen die USA mit 45.820 US-Dollar nach wie vor das zweithöchste Bruttoinlandsprodukt pro Kopf aller 21 Vergleichsländer auf.

Irland und Norwegen boomen weiter

Die größten Wachstumserfolge im Erfolgsindex unter den OECD-Ländern konnten im Jahr 2007 einmal mehr Norwegen und Irland aufweisen. Beide Länder haben ihre Positionen im grünen Bereich gehalten. Insbesondere Irland beeindruckt mit einer Wachstumsrate von 5,4 Prozent. Allerdings zeigt eine genauere Analyse auch gewisse Risiken auf. So war das starke Wachstum in Irland zuletzt vor allem konsumgetrieben und weniger als in der Vergangenheit durch hohe Investitionen und Exporte verursacht. Irland wies 2007 mit 44.000 US-Dollar zu Kaufkraftparitäten das dritthöchste BIP pro Kopf auf. Auch beim Bruttonationaleinkommen (BNE), das Einkommensabflüsse in das Ausland berücksichtigt, liegt Irland inzwischen mit knapp 35.000 US-Dollar im oberen Mittelfeld des Ländervergleichs und auch deutlich vor Deutschland, das bei annähernd 33.000 US-Dollar liegt. Der ungewöhnlich starke Konsumanstieg wurde auch durch die fällig gewordene Auszahlung der staatlich geförderten Sparguthaben (SSIAS) getrieben. Mit den SSIAS hatte der Staat vor sechs Jahren durch einen geförderten Zinsaufschlag von 25 Prozent eigentlich die Sparneigung der Bevölkerung erhöhen wollen. Das ist insbesondere vor dem Hintergrund der äußerst geringen staatlichen Grundrente von 11.000 Euro pro Jahr auch dringend notwendig. Viele Iren haben das Ersparte jedoch unmittelbar nach der Fälligkeit für Konsumzwecke verwendet.

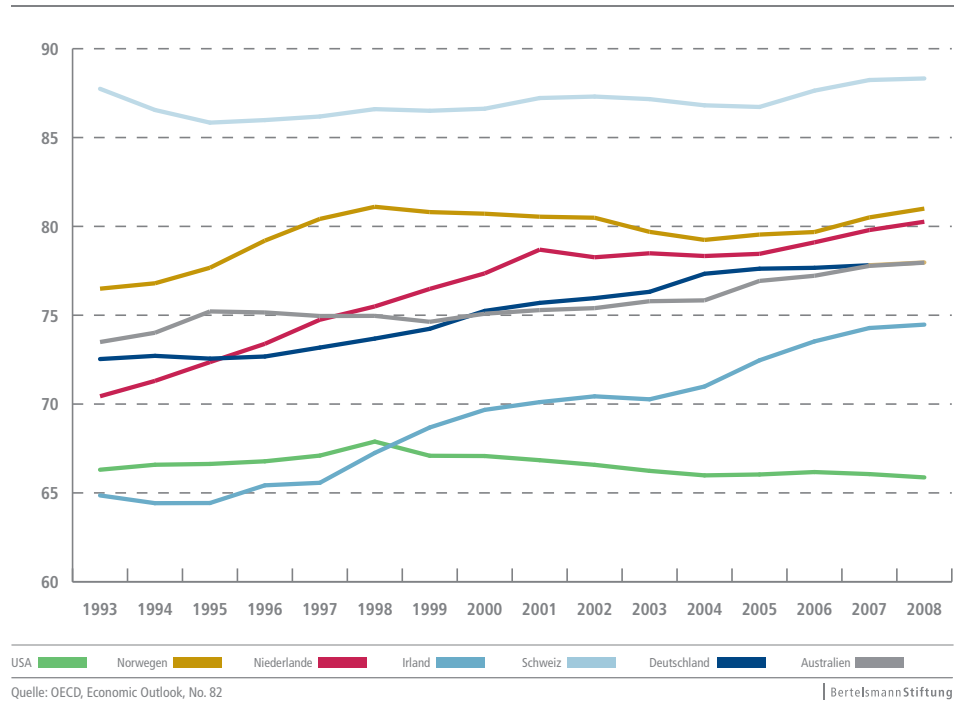
Ferner hat der Bauboom der vergangenen Jahre zu einem positiven Vermögenseffekt geführt. Die Häuserpreise haben sich in den vergangenen zehn Jahren vervierfacht,

¹ Der Aktivitätsindex fasst insgesamt 12 Einflussgrößen zusammen, die für die Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung eines Landes von nachweisbarer Bedeutung sind. Vgl. zu den Einflussgrößen im Einzelnen: Bertelsmann Stiftung (Hg.), Internationales Standort-Ranking 2007, S. 29 ff.

und der daraus resultierende Vermögenszuwachs hat den Konsum zusätzlich beflügelt. Das Wirtschaftswachstum wird sich in Irland im Jahr 2008 aber deutlich verringern. Zum einen ist es auch in Irland zu einem Umschwung an den Wohnungsmärkten gekommen; die fallenden Häuserpreise haben wiederum zu einem Absinken des Verbrauchervertrauens geführt. Zum anderen ist auch der Beschäftigungszuwachs geringer geworden. Hatte die Erwerbstätigkeit in den Jahren 2005 und 2006 noch um 4,7 bzw. 4,4 Prozent zugenommen, so betrug der Zuwachs 2007 nur noch 3,4 Prozent und dürfte im Jahr 2008 mit 1,5 Prozent auf das niedrigste Niveau seit 16 Jahren fallen. Dies hängt zu einem Großteil mit den sinkenden Einwanderungszahlen zusammen, denn in der Vergangenheit konnte Irland sein rasantes Wachstum durch die Öffnung der Arbeitsmärkte für Bürger aus den neuen EU-Mitgliedstaaten und dem resultierenden Zustrom oftmals gut ausgebildeter junger Arbeitskräfte unterstützen. Die sich verschlechternden Aussichten werden auch im Aktivitätsindex deutlich (vgl. Abbildung 2); dieser ist von 99,1 Punkten im Jahr 2005 auf 94,8 Punkte in 2008 gefallen.

Günstiger sieht die Zukunft für Norwegen aus. Aktuell liegt das vierte Jahr eines außergewöhnlichen Wachstums hinter der gemessen am BIP pro Kopf reichsten Volkswirtschaft der Welt (52.900 US-Dollar zu Kaufkraftparitäten). So lag das BIP 2007 um 4,9 Prozent über dem langfristigen Trend und wird auch im Jahr 2008 um 4,5 Prozent nach oben abweichen. Norwegen hat damit die derzeit mit Abstand besten Konjunkturaussichten aller 21 OECD-Länder. Dies ist in erster Linie auf die steigende Weltmarktnachfrage nach Rohöl und verwandten Produkten zurückzuführen. Der Arbeitsmarkt weist mit einer Arbeitslosenquote von 2,6 Prozent und einem Erwerbstätigenzuwachs von 2,3 Prozent Werte auf, von denen die meisten anderen

Abbildung 1: Partizipationsrate (in Prozent), ausgewählte Länder (1993-2008)



Industrieländer nur träumen können. Die Knappheit auf dem Arbeitsmarkt führt zur ständigen Immigration von Arbeitskräften und zu einer stetig steigenden Erwerbsbeteiligung der Älteren; die Erwerbsquote der 55- bis 65-Jährigen ist von 60,6 Prozent im Jahr 1993 auf 68,6 Prozent im Jahr 2007 gestiegen. Die gute Nutzung des eigenen Erwerbspersonenpotenzials wird auch durch die hohe Partizipationsrate von 81,0 Prozent deutlich.

Getrübt wird das positive Bild durch die expansiven Staatsausgaben des Landes. Die Staatsverschuldung ist 2007 im Vergleich zum Vorjahr von 60 Prozent auf 76 Prozent des nominalen BIP gestiegen und wird im Jahr 2008 knapp 90 Prozent erreichen. Zwar können von dem üppig gefüllten staatlichen Erdölfonds vier Prozent für die öffentlichen Haushalte abgezweigt werden, aber das reicht offenbar bei weitem nicht aus, um die Ausgabenfreude der Mitte-Links-Regierung zu finanzieren. Auch die Lohnpolitik neigt dazu, den ohnehin großen Verteilungsspielraum eher

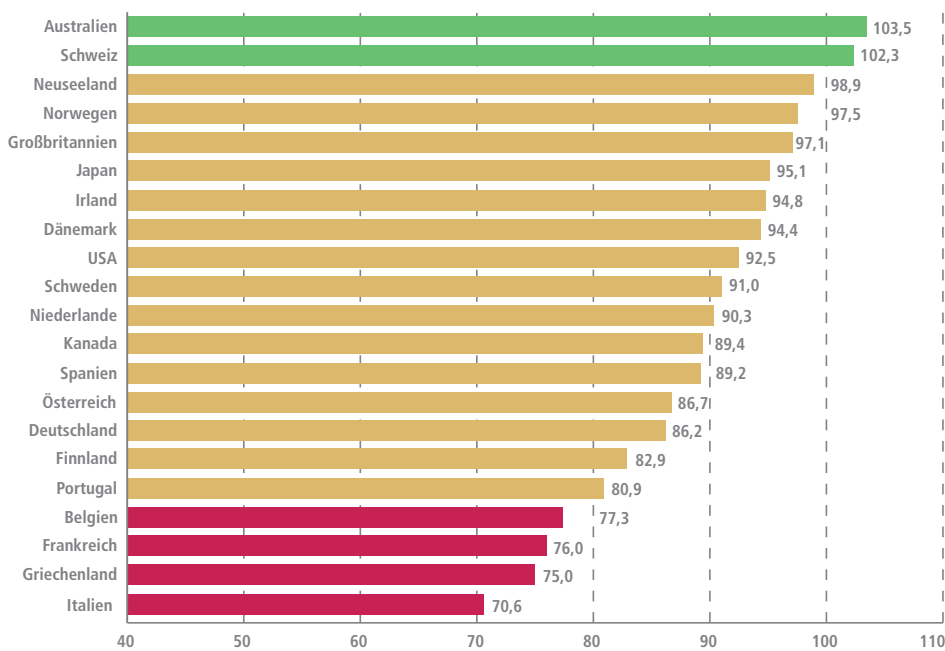
noch überzustrapazieren, wie die negative Lohnzurückhaltung² von -0,7 Prozentpunkten ausweist. Für die norwegische Notenbank stellt sich damit die schwierige Aufgabe, in einem volatilen Umfeld den inflationären Folgen dieser Entwicklungen entgegenzuwirken.

Arbeitskräfteknappheit in den Spitzenländern

Dass auch ohne Ölvorkommen ein nahezu reibungslos funktionierender Arbeitsmarkt existieren kann, zeigt das Beispiel der Schweiz. Dort besteht mit einer Arbeitslosenquote von 3,7 Prozent im Jahr 2007 nahezu Vollbeschäftigung. Nirgendwo sonst ist die Partizipationsrate so hoch wie in der Eidgenossenschaft. Sie lag im Jahr 2007 mit 88,3 Prozent deutlich über dem Durchschnitt der OECD-Länder von 76 Prozent (vgl. Abbildung 1). Verantwortlich für den hohen Anteil der arbeitenden oder Arbeit suchenden Personen in der Schweiz ist die Flexibilität des Arbeitsmarktes mit geringem Kündigungsschutz, dezentraler

² Lohnzurückhaltung ist definiert als die Differenz zwischen dem Wachstum des nominalen BIP und dem Wachstum der Nominallohne.

Abbildung 2: Aktivitätsindex 2008



Quelle: Bertelsmann Stiftung

BertelsmannStiftung

Lohnfindung und hoher Teilzeitquote. Dies wirkt sich auch auf die geringe Jugendarbeitslosigkeit aus, die mit 4,7 Prozent im Jahr 2008 nach den Niederlanden die zweitniedrigste der 21 betrachteten Länder ist. Der Zuwachs der Erwerbstätigen betrug im Jahr 2007 beachtliche 1,4 Prozent, für 2008 wird ein Zuwachs in einer ähnlichen Größenordnung erwartet. Vor allem die Branchen Pharma und Gesundheit, Nahrungsmittel sowie die Uhrenindustrie sind wichtige Beschäftigungsmotoren der Schweizer Wirtschaft. Die hohe Auslastung des vorhandenen Erwerbspersonenpotenzials führt zu Arbeitskräfteknappheit. Somit zeichnet sich, ähnlich wie in vielen anderen Volkswirtschaften Europas, auch in der Schweiz ein Fachkräftemangel vor allem bei den Ingenieuren ab. In diesem Zusammenhang spielt die Immigrationspolitik eine zunehmend wichtigere Rolle, da sie dem Mangel kurzfristiger abhelfen könnte, als es eine Bildungsoffensive vermöchte. Viele hoch qualifizierte Ausländer, auch aus Deutschland, haben inzwischen gut bezahlte Jobs in der Schweiz gefunden bzw. wurden von Schweizer Unternehmen im Ausland rekrutiert.

Ein anderes Positivbeispiel stellt Australien dar, das in diesem Jahr nach einem Jahr Abstinenz wieder in den grünen Bereich des Erfolgsindex vorgestoßen ist. Maßgeblich dafür waren neben dem robusten Wachstum von 3,3 Prozent im Jahr 2007 vor allem die gesunden Staatsfinanzen und die günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt. Im Jahr 2007 wies Australien mit 15,5 Prozent die mit Abstand geringste Staatsverschuldung aller Vergleichsländer auf. Die hohen Investitionen Australiens wurden vor allem von der Privatwirtschaft getragen, die sich eines sehr guten Geschäftsklimas erfreute. Die Arbeitslosenquote hat mit 4,4 Prozent den niedrigsten Stand seit 33 Jahren erreicht. Mittlerweile suchen in dem klassischen Einwanderungsland Australien auch die australischen Unternehmen aktiv viele Arbeitskräfte im Ausland, um die freien Stellen zu besetzen. Australien weist heutzutage einen der flexibelsten Arbeitsmärkte unter den OECD Ländern auf. Eine wesentliche Veränderung bei den Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hat in den letzten Jahren dazu beigetragen: Ein starres und komplexes gesetzliches Rahmenwerk wurde durch

ein flexibles System mit vielen Unternehmens- und Individualabkommen ersetzt. Die guten wirtschaftlichen Rahmendaten und Zukunftsaussichten Australiens werden auch im Aktivitätsindex deutlich. Das Land ist nicht nur seit 2002 im grünen Bereich, sondern nimmt dort auch seit 2005 die Spitzenposition vor der Schweiz ein.

Deutscher Arbeitsmarkt mit struktureller Verbesserung

Der deutsche Arbeitsmarkt weist im langjährigen Vergleich im Jahr 2007 ebenfalls eine positive Bilanz auf. Die konjunkturellen Impulse haben die Arbeitsnachfrage so stark erhöht, dass der Erwerbstätigenzuwachs den höchsten Wert seit der Jahrtausendwende erreicht hat. Die Zahl der Erwerbstätigen ist um 1,7 Prozent auf 39,7 Millionen gestiegen; dies ist der höchste Wert seit der Wiedervereinigung. Dass es sich dabei keineswegs nur um 400-Euro-Jobs oder schlecht bezahlte Gelegenheitsarbeiten handelt, belegt die ebenfalls starke Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung um 2,2 Prozent auf 26,9 Millionen. Gleichzeitig ist die Zahl der Erwerbslosen im Jahr 2007 um 641.000 auf 3,6 Millionen gesunken. Es scheint Deutschland in der jüngsten Aufschwungphase gelungen zu sein, nicht nur die konjunkturelle, sondern auch die strukturelle Arbeitslosigkeit zu senken. Wie das IAB in Nürnberg festgestellt hat, ist die Arbeitslosigkeit gesunken, ohne dass sich die Zahl der offenen Stellen wesentlich verändert hat. Es hat nach der Analyse des IAB auch keine arbeitsmarktbedingten Inflationstendenzen gegeben; die Preissteigerungen sind vielmehr auf die Energie- und Lebensmittelpreise und auf die Mehrwertsteuererhöhung zurückzuführen.

Einen wesentlichen Anteil an dem Beschäftigungsaufbau haben die Arbeitsmarkt-reformen im Rahmen der Agenda 2010 gehabt, die zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes beigetragen haben. Auch die Lohnzurückhaltung der vergangenen

Jahre hat zu dieser positiven Entwicklung geführt. Das zeigt sich auch bei den Indikatoren des Aktivitätsindex im Standortvergleich, die den Arbeitsmarkt sowie die Wirtschaft und die Tarifparteien abbilden. So befindet sich Deutschland nicht mehr nur bei der Jugendarbeitslosigkeit, sondern inzwischen auch bei der Partizipationsrate im grünen Bereich und damit über dem OECD-Durchschnitt. Speziell die Erwerbsquote der 55- bis 65-Jährigen hat sich von 2004 bis 2007 von 41,8 auf 49,3 Prozent erhöht und damit den Sprung von „Rot“ nach „Gelb“ geschafft. Die Teilzeitbeschäftigung liegt mit 22,1 Prozent über dem Durchschnitt der betrachteten OECD-Länder (18,6 Prozent), und die Lohnzurückhaltung ist in den letzten Jahren größer geworden. Im Zuge dessen hat sich Deutschland im Aktivitätsindex seit der Krise 2005 von 82,3 Punkten auf 86,2 Punkte verbessert (vgl. Abbildung 2). Erste Erfolge der Reformpolitik werden deutlich.

Die Erfolge auf dem Arbeitsmarkt dürften auch das Wirtschaftswachstum im kommenden Jahr stützen. Infolge der abkühlenden Weltkonjunktur und des starken Euros wird die Wirtschaftsleistung wieder stärker von der Binnenkonjunktur getragen werden müssen. Die gestiegene Beschäftigung wird auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene dazu beitragen, dass das verfügbare Einkommen auch ohne Zuthun der Lohnpolitik real zunimmt.

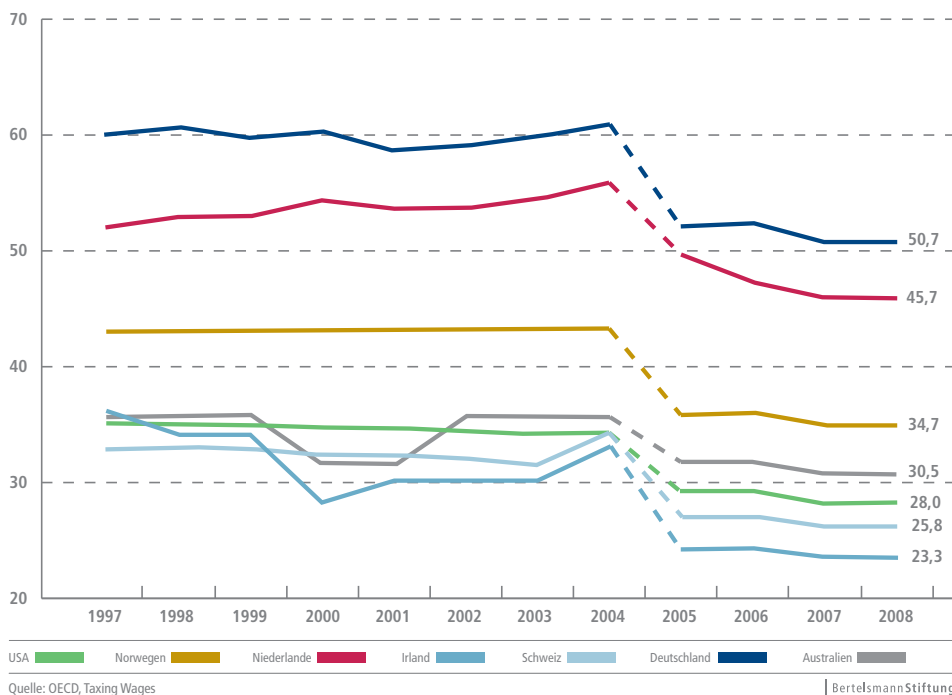
Den Reformkurs halten

In der Fortführung der erfolgreichen Reformpolitik der vergangenen Jahre liegt derzeit die größte Herausforderung für die Wirtschaftspolitik. Unter dem Eindruck der ersten Erfolge und angesichts wachsender Kritik von Links ist die Politik allerdings derzeit eher wieder auf dem Weg in die entgegengesetzte Richtung. Die Forderung etwa, die Flexibilisierung der Zeitarbeit

zurückzunehmen, würde insbesondere den Geringqualifizierten schaden, die auf diesem Wege vielfach neue Beschäftigung gefunden haben. Zudem würde die im internationalen Wettbewerb unbedingt erforderliche Flexibilität der Unternehmen leiden (vgl. Brennpunktthema). Auch die Verlängerung der Zahlung von Arbeitslosengeld an Ältere ist aus ökonomischer Sicht bedenklich. Zum einen ist es empirisch erwiesen, dass die Wahrscheinlichkeit, einen Arbeitsplatz zu finden, bereits nach etwa sechs Monaten Suchdauer und Bezug von Lohnersatzleistungen sinkt. Zum anderen konterkariert diese Maßnahme das gerade wieder erreichte Ziel einer höheren Erwerbsbeteiligung älterer Personen.

Auch wenn sich der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen in Deutschland in den letzten Jahren reduziert hat, liegt Deutschland mit einem Anteil der Langzeitarbeitslosen (länger als 12 Monate ohne Beschäftigung) an allen Arbeitslosen in Höhe von 40,3 Prozent im Jahr 2007 auf den hinteren Plätzen unter den 21 OECD-Ländern. Zugleich ist die Abgabenbelastung insbesondere der Gering- und Durchschnittsverdiener in Deutschland nach einer aktuellen OECD-Studie nach Belgien am zweithöchsten unter den betrachteten Ländern. Dies wird mit Hilfe der Grenzabgabenbelastung gemessen: Diese gibt die Grenzbelastung des Arbeitseinkommens mit Steuern und den sehr unterschiedlich ausgeprägten Sozialabgaben in Prozent des Arbeitseinkommens wieder. Als Familientyp dient ein Alleinstehender ohne Kinder, der 67 Prozent des Durchschnittslohns in der Privatwirtschaft, der im Jahr 2007 bei 42.949 Euro lag, verdient (vgl. Abbildung 3)³. Die mit 50,7 Prozent sehr hohe Belastung in Deutschland zeigt, dass eine weitere Ausweitung von Umverteilung und Staatseinfluss nicht die Lösung des Problems sein

Abbildung 3: Grenzabgabenbelastung eines alleinstehenden Geringverdieners (in Prozent)⁴, 1997–2008



³ Die schlechte Position Deutschlands verändert sich durch die Wahl des Familientyps (nicht verheiratet und Durchschnittseinkommen, verheiratet und 67 Prozent des Durchschnittseinkommens, verheiratet und Durchschnittseinkommen) kaum. Nur bei höheren Einkommen ist die Durchschnittsbelastung in Deutschland relativ gering.

⁴ Der Bruch in den Kurvenverläufen geht auf ein statistisches Artefakt infolge der Umstellung der VGR im Jahr 2005 zurück.

kann. Die OECD weist darauf hin, dass die hohe Abgabenbelastung in Verbindung mit den vergleichsweise hohen Sozialleistungen die Anreize zur Arbeitsaufnahme senkt, wodurch wiederum die Arbeitslosigkeit und die Sozialausgaben steigen. Wenn Deutschland zur Gruppe der erfolgreichen Länder aufschließen will, wird es maßgeblich darauf ankommen, diesen Teufelskreis zu durchbrechen. Vorbilder gibt es genug. Neben der Schweiz weisen auch wirtschaftlich erfolgreiche Länder wie Norwegen, Australien, die USA und Irland geringe Grenzsteuerbelastungen zwischen 34,7 und 23,2 Prozent auf. Diese Länder haben in den vergangenen Jahren Anstrengungen unternommen, die unteren Einkommensgruppen durch Transfers zu entlasten, anstatt sie durch Abgaben zu belasten. Gerade in der Schweiz und in Australien hat unter anderem auch die geringe Abgabenbelastung zu der hohen Partizipationsrate geführt, weil sich Arbeit stärker lohnt.

Auch in Deutschland konnten selbst bei Berücksichtigung des Strukturbruchs 2004/2005 spürbare Entlastungen erzielt werden. Allerdings zeigt Abb. 3, dass viele Länder ebenfalls ihre Steuer- und Abgabenbelastung reduziert haben und dass Deutschland somit immer noch das obere Ende der Skala markiert. Diese Beobachtung gilt auch für andere zentrale Indikatoren, die den Wirtschafts- und Sozialstandort Deutschland kennzeichnen. Zwar hat es aufgrund der Reformen der letzten Jahre im Längsschnitt deutliche Verbesserungen gegeben, im Querschnitt der Länder hat sich das Gefüge aber kaum verändert. Mit den Hartz-Reformen und der Agenda 2010 ist ein Weg eingeschlagen worden, der nun konsequent weitergegangen werden müsste. Im Moment ist allerdings an vielen Stellen das genaue Gegenteil der Fall. Darunter leidet vor allem die Kontinuität und Verlässlichkeit der Reformpolitik.

Gründe für staatlichen Interventionismus sind meistens schnell gefunden: Mal ist

es die soziale Gerechtigkeit wie etwa die nicht regelkonforme, individuell bescheidene, aber insgesamt kostspielige Rentenerhöhung, ein anderes Mal die Umwelt- oder die Familienpolitik oder der Schutz der Verbraucher, immer öfter auch vor sich selbst. Die marktwirtschaftlichen Prinzipien der Subsidiarität, der Marktkonformität und der Konsumentensouveränität, wonach staatliche Eingriffe im Zweifel nur das letzte Mittel sein sollten, werden vielfach durchbrochen. Statt die Leistungsbereitschaft seiner Bürger zu fördern und ihre Kompetenzen zu nutzen, spielt der Staat sie in unproduktiven Verteilungskämpfen immer häufiger gegeneinander aus. Mit wechselnden Mehrheiten werden auf diese Weise einmal die Rentner, dann wieder die Beschäftigten, die Familien (geplante Kindergelderhöhung) oder die Arbeitslosen (längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld für Ältere) scheinbar begünstigt. Am Ende hat aber niemand etwas davon, weil echte Wohlstandsgewinne eben letztlich nur aus wirtschaftlichem Wachstum resultieren können. Dieses ist aber, ungeachtet der jüngsten Konjunkturbelebung, im Zuge der zunehmenden Abkehr von marktwirtschaftlichen Prinzipien in Deutschland immer schwächer geworden.

Zu den marktwirtschaftlichen Grundprinzipien gehört auch die Offenheit der Märkte, die das Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit überhaupt erst ermöglicht hat und von der Deutschland noch heute in starkem Maße profitiert (vgl. Brennpunktthema). Deutschland verdankt seinen Wohlstand nicht der Abschottung von Konkurrenz und der ängstlichen Vermeidung jeder Veränderung, sondern im Gegenteil dem offensiven Agieren im Wettbewerb auf der Grundlage von privater Initiative und Verantwortung. Die historische Erfahrung belegt zudem eindrucksvoll, dass soziale Teilhabe und Vollbeschäftigung dazu keineswegs im Gegensatz stehen, im Gegenteil: Kein anderes Wirtschaftssystem hat jemals in so kurzer Zeit sowohl Vollbeschäftigung als auch massive Wohlstandsgewinne für alle

hervorgebracht wie die deutsche Marktwirtschaft der Nachkriegszeit.

So verständlich der Ruf nach einer angemessenen Beteiligung der Arbeitnehmer an den Früchten des Wirtschaftswachstums ist – bei immer noch mehr als drei Millionen Arbeitslosen in Deutschland müssen Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung Vorrang haben. Länder wie Irland, Australien und die Schweiz sind moderne Beispiele dafür, dass dies auch heute noch durchaus möglich ist und dass eine entsprechende Politik nicht zulasten der Arbeitnehmer gehen muss. Wer aus kurzfristigem politischem Kalkül jetzt die Reformagenda wieder auf Eis legt und damit das marktwirtschaftliche System weiter erodieren lässt, schadet deswegen denjenigen am meisten, denen er zu helfen vorgibt.

Brennpunktthema Globalisierung: Export und Wachstum

Globalisierung wird in der öffentlichen Diskussion vielfach mit Lohneinbußen, Arbeitsplatzverlusten und unfairer Konkurrenz aus dem Ausland in Verbindung gebracht. Weitgehend aus dem Blick zu geraten scheinen dagegen die positiven Wohlstands- und Arbeitplatzeffekte, die die Globalisierung für exportorientierte Volkswirtschaften mit sich bringt. So verdankt Deutschland das Wirtschaftswachstum der letzten Jahre vor allem seinem erfolgreichen Außenhandel. Dabei hat die deutsche Wirtschaft auch stark von dem weltweiten Wachstum profitiert, das insbesondere von den dynamischen Schwellenländern getragen wurde. Allein im Jahr 2007 betrug der Anteil des Außenhandels am Wachstum des Bruttoinlandsprodukts nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes 1,4 von 2,5 Prozentpunkten. Und das war keineswegs eine Ausnahme: Deutschland hat in den vergangenen 14 Jahren stets mehr Waren und Dienstleistungen im Ausland absetzen können als umgekehrt, insbesondere seit 2000 ist der entsprechende Saldo stark angestiegen. Auch im vergangenen Jahr nahmen die Exporte mit 8,4 Prozent weit stärker zu als die Importe mit lediglich 6,4 Prozent.

Damit wird indirekt auch die Binnenkonjunktur angeregt, wenngleich mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung: Über die steigenden Exporte kommt es zu einer Zunahme der Investitionstätigkeit und der Beschäftigung im Inland, da die Produktionskapazitäten der Nachfrage angepasst werden. Die Investitionen sorgen wiederum für eine zusätzliche Belebung auf dem Arbeitsmarkt. Durch die Neueinstellungen steigt das Einkommen, das schließlich in einer stärkeren Konsumnachfrage mündet.

Die immer stärkere Verflechtung von Güter- und Faktormärkten im Zuge der Globalisierung birgt allerdings auch Risiken. Dies ist zuletzt mit der Hypothekenkrise in den Vereinigten Staaten deutlich geworden, die über internationale Finanztransaktionen auch die Bankenwelt in Deutschland erschüttert hat. Gleichwohl darf die weit verbreitete Globalisierungskritik nicht den Blick dafür verstellen, dass es gerade für ein rohstoffarmes Land wie Deutschland keine Alternative zur Bewährung im internationalen Wettbewerb gibt.

Offene Märkte fördern das Wirtschaftswachstum – Inflexibilität und Überregulierung als Gefahr

Der Offenheitsgrad einer Volkswirtschaft wird üblicherweise als Anteil der Exporte und Importe am Bruttoinlandsprodukt berechnet. Große Volkswirtschaften haben tendenziell geringere Offenheitsgrade, weil es ihnen relativ leicht möglich ist, die nötige Produktvielfalt selbst zu produzieren. Kleine Länder hingegen sind stärker auf Vorleistungen und Endprodukte aus dem Ausland sowie auf ausländische Absatzmärkte angewiesen. Deutschland weist einen für seine Größe ungewöhnlich hohen Offenheitsgrad auf. Dieser liegt mit 87,3 Prozent (2007) ungleich höher als beispielsweise in Japan mit lediglich knapp 34,0 Prozent, obwohl die japanische Volkswirtschaft nur wenig größer als die deutsche ist. Die etwas kleineren Volkswirtschaften Großbritannien, Frankreich und Italien haben deutlich niedrigere Offenheitsgrade zwischen 55 und 58 Prozent.

Seit 1990 hat sich im Zuge vieler Außenhandelsreformen die weltwirtschaftliche Integration deutlich erhöht. Die Zölle wurden bis zum Beginn des neuen Jahrtausends halbiert, und viele Volkswirtschaften sind dem internationalen Handelsabkommen GATT bzw. der WTO beigetreten. In zahlreichen empirischen Studien wurde untersucht, ob ein Zusammenhang zwischen Offenheit und Wachstum besteht. Die Mehrzahl dieser Untersuchungen kommt zu dem Schluss, dass Länder, die sich dem internationalen Handel stellen, steigende Wachstumsraten aufweisen, während dies bei protektionistisch agierenden Volkswirtschaften nicht der Fall ist.⁵

Die Gründe dafür sind seit langem bekannt. Schon Adam Smith und David Ricardo haben vor etwa 200 Jahren die Vorteile der Spezialisierung beschrieben: Durch offene Märkte können sich die Länder entsprechend ihren relativen Vorteilen spezialisieren, was letztlich den Wohlstand insgesamt erhöht. Die neuere Wachstumstheorie⁶ hat herausgearbeitet, dass der internationale Austausch von Wissen und Technologien sowie der Druck des internationalen Wettbewerbs zusätzliche Wachstumseffekte hervorbringen.

Um daran zu partizipieren, müssen aber auch bestimmte institutionelle und politische Rahmenbedingungen in einem Land gewährleistet sein, wie eine aktuelle Studie der Weltbank gezeigt hat.⁷ Andernfalls kann es zu einer Verschwendung des Human- und Sachkapitals und zur Konzentration auf falsche Produktionsstrukturen kommen, in denen in Wirklichkeit gar kein Wettbewerbsvorteil für das betreffen-

⁵ Vgl. Dollar (1992), Dollar und Kraay (2004), Edwards (1998), Loayza, Fajnzylber und Calderon (2005) und Sachs und Warner (1995). Unklare oder zweifelnde Studien über den positiven Zusammenhang von Außenhandel und Wachstum beruhen größtenteils auf Problemen der empirischen Schätzung aufgrund des Endogenitätsproblems der Außenhandelsvariablen oder der Datenauswahl, vgl. Harrison (1996) und Rodrik und Rodriguez (2000).

⁶ Vgl. Romer (1986), Lucas (1988) und Grossman und Helpman (1991).

⁷ Vgl. Chang, Kaltani und Loayza (2005).

Tabelle 1: Handelsspezialisierung Deutschlands (1995, 2000, 2004)

RCA-Werte	1995	2000	2004	1995-2000	2000-2004	1995-2004
				Veränderung in Prozentpunkten		
Forschungsintensive Waren	24,2	18,9	18,4	-5,2 (-0,3)	-0,6	-5,8 (-3,4)
Nicht forschungsintensive Waren	-17,9	-18,7	-17,2	-0,8 (0,2)	1,5	0,6 (3,0)

Anmerkung: Zur Definition des RCA-Wertes vgl. Fußnote 9 auf Seite 11.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, IW-Trends 3/2006. In Klammern: Ohne Struktureffekte

| BertelsmannStiftung

Tabelle 2: Exportmarktanteile (in Prozent) forschungsintensiver Branchen in Deutschland, Frankreich und Großbritannien (1995, 2000, 2005)

Deutschland					
Exportmarktanteile	Luft- und Raumfahrt-industrie	Elektro-industrie	Büromaschinen und Computer	Pharmazeutische Erzeugnisse	Mess- und Regelinstrumente
1995	12,2	7,5	7,6	15,7	15,7
2000	15,3	7,4	7,2	13,4	12,9
2005	15,4	9,4	11,3	14,5	15,3
1995-2005 (in PP)	3,2	1,9	3,7	-1,2	-0,4
2000-2005 (in PP)	0,1	2,0	4,1	1,1	2,4

Frankreich					
Exportmarktanteile	Luft- und Raumfahrt-industrie	Elektro-industrie	Büromaschinen und Computer	Pharmazeutische Erzeugnisse	Mess- und Regelinstrumente
2005	17,8	4,2	3,0	8,7	5,4
1995-2005 (in PP)	-0,9	-0,3	-2,3	-1,5	-0,4
2000-2005 (in PP)	2,1	-0,9	-1,1	-1,8	0,8

Großbritannien					
Exportmarktanteile	Luft- und Raumfahrt-industrie	Elektro-industrie	Büromaschinen und Computer	Pharmazeutische Erzeugnisse	Mess- und Regelinstrumente
2005	7,0	7,2	7,5	8,6	5,6
1995-2005 (in PP)	-4,7	1,0	-3,1	-3,0	-1,2
2000-2005 (in PP)	0,8	0,3	-1,7	-1,7	-0,7

Quelle: OECD, Main Science and Technology Indicators.

| BertelsmannStiftung

de Land besteht. Die Untersuchung der Weltbank zeigt auch, dass der positive Wachstumseffekt des Außenhandels von der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen eines Landes abhängt. Dafür wiederum ist entscheidend, wie gut die Erwerbstätigen des Landes ausgebildet sind und wie gut und günstig die Unternehmen z.B. auf Kredite sowie Informations- und Telekommunikationsmöglichkeiten zugreifen können. Die Wachstumschancen durch Globalisierung steigen zudem, je effizienter und verlässlicher die Regierung agiert, je flexibler die Arbeitsmärkte sind und je leichter der Unternehmenseintritt in den Markt und -austritt aus dem Markt ist.

Zusammenfassend verdeutlicht die Weltbank-Untersuchung, wie wichtig flexible Märkte, Unternehmer und Arbeitnehmer für ein erfolgreiches Agieren in einem sich schnell verändernden Weltmarkt sind. Die Weltbank betont dabei auch die hohe Bedeutung einer verlässlichen Politik. Wenn es an diesen Voraussetzungen fehlt, dann freilich können offene Märkte zum Bumerang werden. Die von vielen befürchteten negativen Wirkungen der Globalisierung treten also gerade dann ein, wenn aus einer ängstlichen Abwehrhaltung heraus die wirtschaftliche Anpassung verzögert oder verhindert wird. Nur vordergründig hilft das den Betroffenen, auf Dauer werden damit die Wachstumschancen der Globalisierung verspielt. Nur eine flexibel und rasch reagierende Volkswirtschaft hat die Chance, in einem stärker umkämpften Markt den wachsenden Welthandel für das eigene Wirtschaftswachstum zu nutzen.

Deutschlands technologieintensive Exporte als Wachstumstreiber

Nicht jede Art von Exporten trägt gleichermaßen zum Wachstum bei. Zwar sind sie alle Teil der Verwendungsseite des

Bruttoinlandsprodukts und damit unmittelbar nachfragewirksam. Hinzu kommen positive Effekte auf der Angebotsseite, insbesondere höhere Kapazitätsausnutzung, Größenvorteile, Produktivitätsgewinne und Anreize für technologische Verbesserungen und effizienteres Management infolge des internationalen Wettbewerbsdrucks. Großen Einfluss auf die Wachstumserfolge hat aber auch die Exportstruktur. Empirische Studien zeigen, dass technologieintensive Exporte ein höheres Potenzial zur Stimulierung des Wachstums haben als weniger technologieintensive Güter.⁸ Das IW Köln hat mithilfe des so genannten RCA-Wertes⁹ das Gewicht forschungintensiver Güter im Handel Deutschlands mit anderen Industrieländern untersucht. Deutschland weist demnach eine deutliche Exportspezialisierung im Bereich forschungintensiver Waren auf, während nicht forschungintensive Waren eher importiert werden (siehe Tabelle 1).

Zwar verschlechterten sich die RCA-Werte für forschungintensive Waren vor allem in der Zeit von 1995 bis 2000 und verbesserten sich im Gegenzug leicht für nicht forschungintensive Waren im Zeitraum von 1995 bis 2004. Dieser negative Trend bei der Handelsspezialisierung relativiert sich jedoch, wenn Konjunktur- und Struktureffekte berücksichtigt werden:¹⁰ Rechnet man den Struktureffekt heraus, so fällt die Verschlechterung der Position Deutschlands bei den forschungintensiven Waren deutlich geringer aus.¹¹

Auch die Analyse nach einzelnen Branchen bestätigt, dass sich die deutsche Wirtschaft trotz vieler Wettbewerber auf den Weltmärkten für forschungintensive Güter gut behauptet (Tabelle 2). So hat sie zwischen 1995 und 2005 in der Luft- und Raumfahrtindustrie, in der Elektroindustrie sowie bei Büromaschinen und Computern Marktanteile hinzugewonnen. Bei pharmazeutischen Erzeugnissen sowie Mess- und Regelinstrumenten konnte sie ihre hohen Marktanteile in etwa stabil halten. Insbesondere seit der Jahrtau-

Abbildung 4: Entwicklung der Exportmarktanteile (in Prozent) forschungintensiver Branchen (2000–2005)

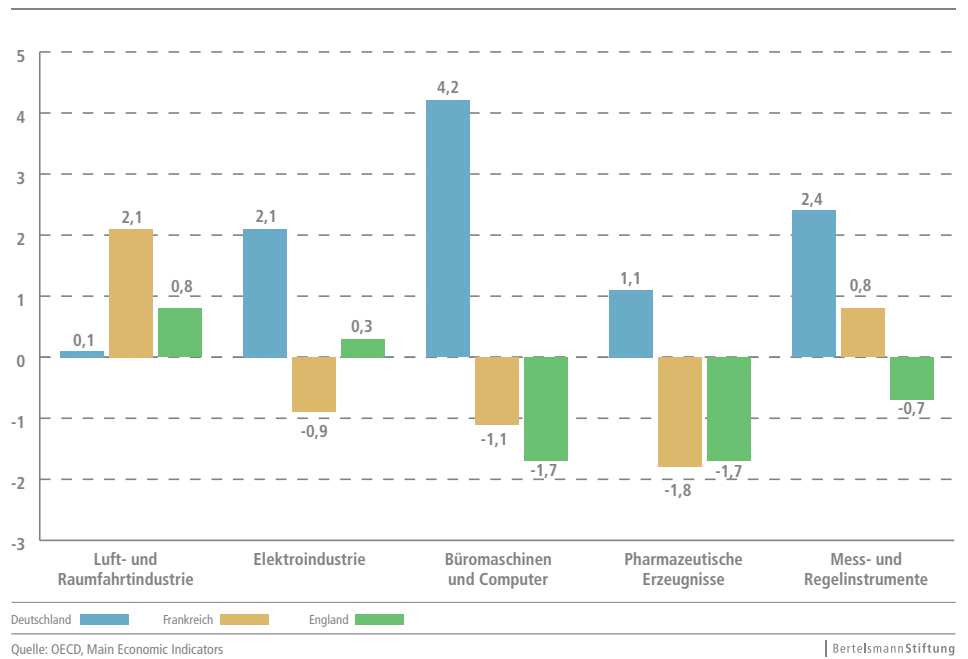
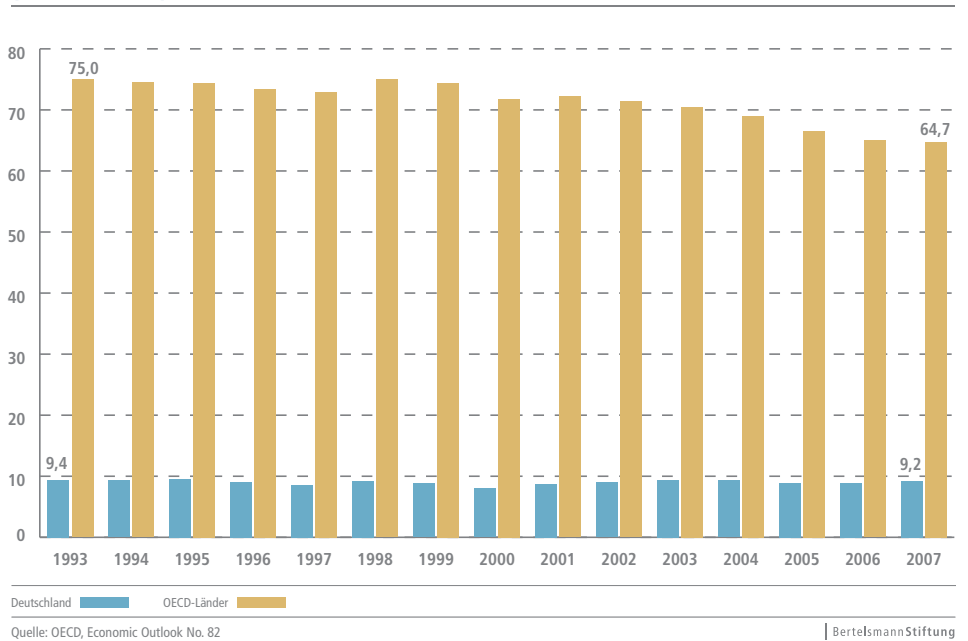


Abbildung 5: Exportmarktanteile Deutschlands (in Prozent) und der OECD (1993–2007)



sendwende sind in allen Branchen Exportmarktanteile hinzugewonnen worden. Andere Industrieländer wie Frankreich und Großbritannien mussten in dieser Zeit dagegen teilweise erhebliche Marktanteilsverluste hinnehmen (vgl. Abbildung 4). Technologie- und forschungintensive Produkte können nur mit einem hohen Humankapitaleinsatz hergestellt werden. Die Spezialisierung der deutschen Wirtschaft auf diese Güter ist für ein ressour-

cenarmes Land mit hohem Lohnniveau konsequent. Denn die Fähigkeiten, das Wissen und die Kompetenz der deutschen Arbeitnehmer und Unternehmer sowie die hierzulande gut eingespielten Prozesse können von den Wettbewerbern nicht ohne weiteres imitiert werden. Dieser Vorteil muss erhalten und ausgebaut werden, sollen die deutschen Qualitätsprodukte auch künftig mit den Produkten der kostengünstigeren, aufstrebenden Volkswirtschaften

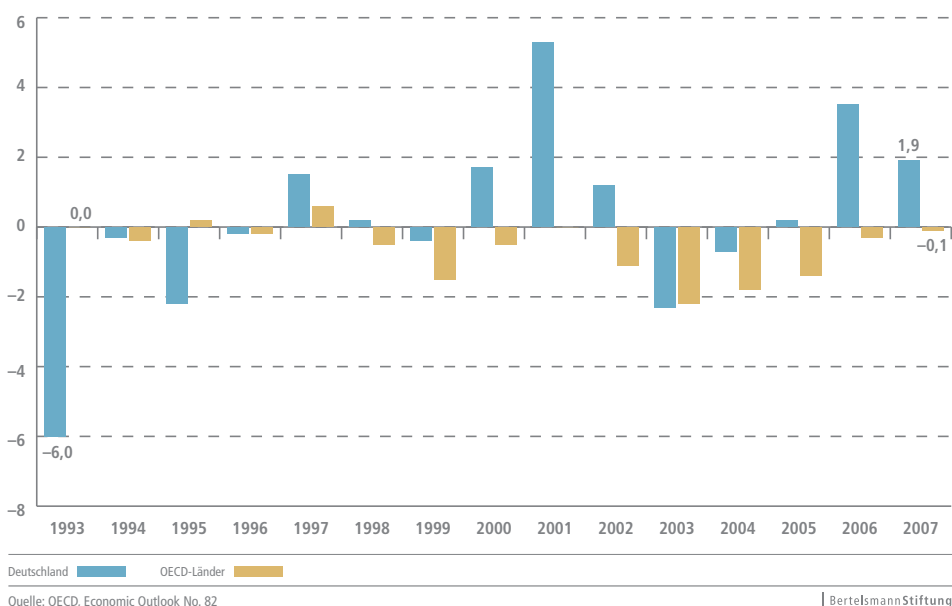
Osteuropas und Asiens konkurrieren können.

Es ist darum richtig, dass deutsche Unternehmen nicht mehr alle Produktionsstufen an ihren deutschen Standorten selbst erhalten. Die erfolgreichsten von ihnen konzentrieren sich vielmehr auf Knowhow-intensive Schlüsselfunktionen wie Forschung und Entwicklung, Design, Marketing, Fertigungsplanung, Vertriebssteuerung und anspruchsvolle Produktionsprozesse. Die anderen Teile der Wertschöpfungskette lagern sie in Form von Outsourcing oder Offshoring national und international aus. Indem sie sich von denjenigen Teilen des Produktionsprozesses trennen, in denen sie teurer sind als die internationale Konkurrenz, sichern sie letztlich die Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Unternehmens und der in Deutschland verbleibenden Arbeitsplätze. Nach den Ergebnissen einer Untersuchung des IW-Zukunftspanels sind diese Unternehmen nicht nur erfolgreicher als andere, sondern hinsichtlich ihrer Schlüsselfunktionen auch besonders standorttreu. Sie sind damit zugleich Beschäftigungs-, Innovations- und Internationalisierungstreiber, wobei ihr wichtigstes Fundament gut ausgebildete und flexible Mitarbeiter sind.¹²

Internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft

Die starke Position der deutschen Wirtschaft im globalen Wettbewerb wird durch die Entwicklung der relativen Marktanteile bestätigt. Abbildung 5 zeigt, dass Deutschland in der Zeit von 1993 bis

Abbildung 6: Export-Performance Deutschlands und der OECD (1993–2007)¹³



2007 seinen Marktanteil an den Weltexporten stabil bei über neun Prozent halten konnte. Im Vergleich dazu ist der Marktanteil aller OECD-Länder um 10,3 Prozentpunkte auf 64,7 Prozent gesunken. Von den großen Industrieländern Kanada, Frankreich, Italien, Japan, Großbritannien und USA ist Deutschland die einzige Volkswirtschaft, die keine Marktanteilsverluste hinnehmen musste. Nur um die Jahrtausendwende sank der deutsche Marktanteil zwischenzeitlich auf acht Prozent, stieg in der Folgezeit aber wieder an. Dagegen haben die anderen Industrieländer Marktanteile an die schnell wachsenden Schwellenländer verloren. Die Exportoffensive der Nicht-OECD-Länder Asiens, insbesondere auch Chinas, hat zu einem Anstieg ihres Exportmarktanteils um knapp sechs Prozentpunkte auf 19,5 Prozent geführt.

Auch die OECD bestätigt das positive Bild der deutschen Exportentwicklung (vgl. Abbildung 6)¹³. Deutschlands Export-Performance hat sich auch nach dieser Messung von 1993 bis 2007 um 3,4 Prozentpunkte verbessert, wohingegen sich die OECD insgesamt um 9,2 Prozentpunkte verschlechtert hat. Dabei zeigt sich für Deutschland insbesondere seit der Jahrtausendwende ein deutlich positiveres Bild mit einer Verbesserung um 10,8 Prozentpunkte seit 2000. Das ist ein hervorragendes Ergebnis angesichts der Herausforderung durch aufstrebende Länder wie China, dessen Export-Performance im Zeitraum von 1993 bis 2007 um 175 Prozentpunkte zugenommen hat.

Traditionell setzt die deutsche Wirtschaft den Großteil ihrer Exporte in anderen EU-Ländern ab, im Jahr 2005 waren es 63 Prozent. Asien spielt mit einem Anteil

⁸ Vgl. Amble (2000), Cuaresma und Wörz (2005) und Feder (1982).

⁹ Der RCA-Wert (Revealed Comparative Advantage) gibt das Verhältnis zwischen dem Export-Import-Quotienten einer bestimmten Gütergruppe und dem Export-Import-Quotienten des gesamten Handels an. Dabei bedeuten positive (negative) Werte, dass die Export-Import-Relation bei dieser Warengruppe höher (niedriger) ist als im gesamten Warenhandel und somit in dieser Warengruppe grundsätzlich eine (keine) Handelsspezialisierung angenommen werden kann.

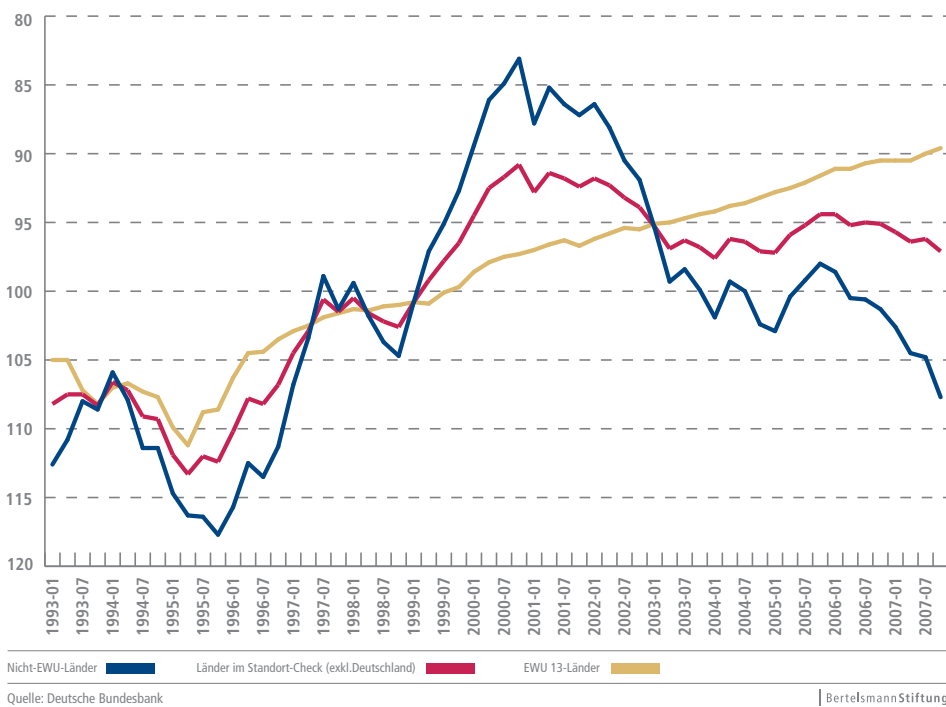
¹⁰ Konjunkturreffekte können auftreten, wenn sich die Importe aufgrund einer Wachstumsschwäche des betrachteten Landes deutlich schlechter entwickeln. Struktureffekte können auftreten, wenn der Gesamthandel stärker steigt als der einer bestimmten Branche. Durch den stärkeren Anstieg des Quotienten des Gesamthandels kann es dann zu einer Verschlechterung des RCA-Wertes der forschungsintensiven Waren kommen.

¹¹ Er beträgt dann gegenüber den Werten in der Tabelle im Zeitraum 1995 bis 2004 nur noch -3,4 statt -5,8.

¹² Vgl. BDI et al. (Hg): Systemkopf Deutschland Plus, BDI-Drucksache Nr. 405 (2008)

¹³ Zugrunde liegt hier der sogenannte Export-Performance-Indikator. Dabei werden die Veränderungsrate der Exportmengen eines Landes mit den Veränderungsrate der Exportgütermärkte insgesamt verglichen. Der Indikator gibt also an, ob die eigenen Exporte oder der Exportmarkt stärker wachsen und somit, ob Marktanteile gewonnen oder verloren werden. Die Exportgütermärkte werden dabei als gewichteter Durchschnitt der Importmengen der jeweiligen Abnehmerländer betrachtet.

Abbildung 7: Index der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands (invertiert) (1993–2007)



von 11 Prozent eine ähnliche Rolle wie die USA mit 12 Prozent. Dabei sind die neuen Wettbewerber auf den globalisierten Märkten auch immer wichtiger werdende Abnehmer deutscher Produkte: Während sich die gesamten Exporte Deutschlands zwischen 1995 und 2005 verdoppelt haben, ist der Export in die neuen EU-Länder um mehr als das Dreifache gestiegen, die Exporte nach China haben sich in dieser Zeit fast vervierfacht. Deutschland konnte wegen seines hohen Investitionsgüteranteils an den Exporten von dem schnellen Aufholprozess und der starken Konjunktur in den aufstrebenden Volkswirtschaften profitieren. Sowohl im Handel mit den traditionellen Partnern als auch mit den neuen, aufstrebenden Volkswirtschaften dominieren denn auch Kraftwagen und Kraftwagenteile, Maschinen sowie chemische Erzeugnisse.

Neben der günstigen Regional- und Güterstruktur des deutschen Außenhandels muss auch die „ability to sell“ stimmen, damit die deutschen Unternehmen ihre Produkte absetzen können. So hängt die Fähigkeit der Unternehmen, ihre Güter auf

den Weltmärkten abzusetzen, neben der Qualität und Produktvielfalt von der Wechselkursentwicklung sowie von der Preis- und Kostenentwicklung ab. Ein Indikator, der diesen Aspekt abbildet, ist der von der Deutschen Bundesbank berechnete „Index der preislichen Wettbewerbsfähigkeit“, der den exportierenden Unternehmenssektor gut erfasst.¹⁴ Abbildung 7 stellt diesen Index für Deutschland gegenüber verschiedenen Ländergruppen dar.

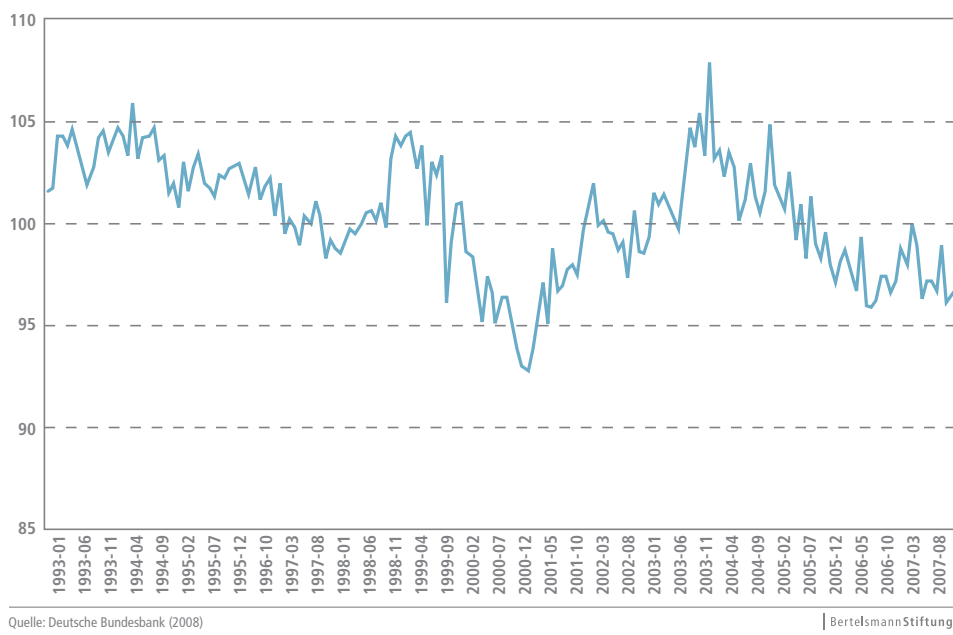
Ein Anstieg der Kurve bedeutet in dieser Darstellung eine Verbesserung der preislichen Wettbewerbssituation Deutschlands. Sie hat sich seit Mitte der 90er Jahre demnach gegenüber allen Handelspartnern bis 2007 verbessert. Die Situation gegenüber den Nicht-EWU-Ländern bzw. gegenüber den 20 im Standort-Check betrachteten wichtigsten Industrieländern wird stark vom Wechselkurs beeinflusst. So führte der zunächst schwache Euro ab 1999 zunächst zu einer deutlichen Verbesserung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit, während sie am aktuellen Rand durch die Dollarschwäche negativ beeinflusst wird.

Die „hausgemachte“ Preis- und Kostensituation wird am besten durch den Index gegenüber den 13 EWU-Mitgliedern abgebildet, da es hier seit 1999 keine nominalen Wechselkursschwankungen mehr gibt. Dieser Index hat sich seit 1995 stetig verbessert und dokumentiert damit die moderate Preisentwicklung deutscher Produkte im Vergleich zum Ausland. Die Ursache hierfür liegt in der vergleichsweise geringen allgemeinen Teuerungsrate und dem zuletzt mäßigen Lohnanstieg in Deutschland. Die deutschen Löhne sind im Vergleich zum Wirtschaftswachstum in den vergangenen vier Jahren in Deutschland nicht mehr stärker gestiegen als im Durchschnitt der meisten OECD-Länder, teilweise deutlich dahinter zurückgeblieben. Ein erneuter Anstieg der Lohnstückkosten würde insbesondere in arbeitsintensiven Branchen die Wettbewerbsfähigkeit gefährden, zumal derzeit zusätzlich der hohe Eurokurs belastet.

Beschäftigungszunahme wird vom Export getragen

Die Exporterfolge Deutschlands haben auch für eine Belebung des inländischen Arbeitsmarktes gesorgt. Im Jahr 2005 arbeiteten 8,4 Millionen Beschäftigte direkt für den Export, das war über ein Fünftel aller Erwerbstätigen. Zehn Jahre zuvor hatte dieser Anteil nur ein Sechstel betragen. Dementsprechend ist die Zahl der vom Export abhängigen Beschäftigten von 1995 bis 2005 um 2,7 Millionen gestiegen, wohingegen die binnenorientierte Beschäftigung um 1,3 Millionen gesunken ist.

Die besonders erfolgreichen Exportsektoren weisen teilweise selbst schon starke Beschäftigungszuwächse auf. Aber auch Produktionsbereiche, die wenig exportieren, hängen oft in beachtlichem Umfang vom Export ab. So stellen Energie, Handel, Verkehr und vor allem viele Dienstleistungsbereiche Vorleistungsprodukte her, die in die Produktion der Exportgüter einfließen. Dadurch profitieren auch sie indirekt von der hohen Auslandsnachfrage.

Abbildung 8: Terms of Trade Deutschland (1993-2007)

Die Bedeutung dieser indirekten Effekte, die auch auf den Arbeitsmarkt durchschlagen, hat in den vergangenen 15 Jahren stark zugenommen. So beziehen viele Exportunternehmen unternehmensnahe Dienstleistungen, die sie früher selbst erstellt haben, heute von anderen deutschen Anbietern. Die mittelbaren Ausfuhreffekte betragen zum Beispiel bei den Unternehmensdienstleistungen das Siebenfache der direkten Exporte.¹⁵ Zusammen machen diese Sektoren über 60 Prozent der ausfuhrinduzierten Beschäftigung aus.

Es gibt auch Verlierer des Exporterfolges

Offenere Märkte bedeuten mehr Wettbewerb, und das kann sowohl Vor- als auch Nachteile für eine Volkswirtschaft haben. Positiv wirken die neuen Absatzmärkte, insbesondere wenn die eigenen Produkte dort gefragt sind und von den neuen Konkurrenten nicht in gleicher Qualität oder nur zu höheren Kosten angeboten werden können. Nachteile können entstehen, wenn

die eigenen Importe sich aufgrund der wachsenden Weltnachfrage verteuern, wie es etwa beim Öl und einigen Nahrungsmitteln derzeit zu beobachten ist. Selbst in diesem Fall würde es allerdings keinen Sinn ergeben, sich aus dem Außenhandel zurückzuziehen. Etwaige Nachteile würden dadurch nur noch größer werden, da dann zum Beispiel das Öl durch noch teurere heimische Energieträger ersetzt werden müsste. Ähnlich wie ein Unternehmen, das sich neuen Konkurrenten und steigenden Einkaufspreisen gegenüber sieht, kann auch eine Volkswirtschaft nur versuchen, das Beste aus ihren Möglichkeiten zu machen und sich sowohl im Absatz als auch in der Beschaffung möglichst lukrative Marktnischen zu suchen.

Eine generelle Verschlechterung der Terms of Trade, also der Relation zwischen Export- und Importpreisen, kann für Deutschland allerdings bisher nicht eindeutig festgestellt werden (vgl. Abbildung 8). Auch wenn sich die Terms of Trade im Zeitraum von 1993 bis 2007 insgesamt

leicht verschlechtert haben, hat sich das Austauschverhältnis nach der Jahrtausendwende zwischenzeitlich deutlich erholt. Dass sich das Bild am aktuellen Rand weniger günstig darstellt, ist auf die drastischen Ölpreissteigerungen der letzten Jahre zurückzuführen, die die Importe für Deutschland verteuert haben. Ein Beleg für die nachlassende Attraktivität deutscher Produkte auf den Exportmärkten ist dies aber nicht.

Gleichwohl: Innerhalb Deutschlands gibt es durchaus Gewinner und Verlierer im Globalisierungsprozess. Letztlich ist dies Folge der veränderten Wettbewerbsbedingungen und Knappheiten im internationalen Gütertausch. So haben Mitte der 90er Jahre viele Unternehmen in Osteuropa und anderen Ländern investiert, um die dort herrschenden günstigeren Produktionskosten zu nutzen. Von diesen Verlagerungen waren insbesondere arbeitsintensive Tätigkeiten betroffen, welche in der Folge durch Importe verdrängt wurden. Auch wenn dadurch insgesamt die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte und Arbeitsplätze gesichert wurde, ging dies zu Lasten insbesondere der geringqualifizierten Arbeitskräfte in Deutschland bzw. solcher Arbeit, die leicht auch im Ausland erbracht werden kann.

Das zeigt auch der wachsende Anteil ausländischer Wertschöpfung an den deutschen Exporten. So stieg der Anteil der Importe an den deutschen Exporten von 1995 bis 2000 von 31,0 Prozent auf 40,1 Prozent. In den darauffolgenden fünf Jahren hat die Dynamik allerdings bereits erheblich nachgelassen, der Anteil hat sich nur noch geringfügig auf 41,7 Prozent erhöht.¹⁶ Deutschland ist also nicht auf dem Weg in eine reine Basarökonomie, in der Waren nur noch umgeschlagen, aber kaum noch produziert werden. Das

¹⁴ Vgl. Sachverständigenrat (2005), S. 356.

¹⁵ Vgl. Schintke, J. und Stäglin, R. (2003).

¹⁶ Statistisches Bundesamt (2006).

zeigen auch die Ergebnisse einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) aus dem Frühjahr 2008, wonach sich die Auslandsinvestitionen der Unternehmen aufgrund von standort- oder kostenbezogenen Gründen inzwischen beruhigt haben. Nach der DIHK-Umfrage wollen zwar immer noch 41 Prozent der Unternehmen im Ausland investieren. Davon geben aber nur 35 Prozent als Motiv Kosteneinsparungen an, 65 Prozent hingegen marktstrategische Gründe wie Auslandsproduktion zur Markterschließung oder Vertrieb und Kundendienst vor Ort.

Differenziert sind auch die Auswirkungen der Globalisierung auf den deutschen Arbeitsmarkt. Besonders gefragt sind die hochqualifizierten Beschäftigten und Hochschulabsolventen, sie sind auch die wichtigste Ressource Deutschlands im internationalen Wettbewerb. Immer geringer werden dagegen die Arbeitsmarktchancen der Geringqualifizierten in Deutschland, die heute schon ein weit überdurchschnittliches Arbeitslosigkeitsrisiko tragen. Dies ist zum einen die natürliche Folge eines weltweiten Überangebotes an geringqualifizierten Arbeitskräften, die teilweise in großer Armut leben und für die selbst die niedrigsten deutschen Löhne einen massiven Wohlstandsgewinn bedeuten würden. Zum anderen fällt aber auf, dass die Arbeitslosenquote der Geringqualifizierten in Deutschland mit über 20 Prozent spürbar höher ist als in vergleichbaren Industrieländern wie etwa Großbritannien (ca. 7 Prozent), obwohl diese Länder in gleicher Weise von der Globalisierung betroffen sind.

Die Außenhandelstheorie gibt auf diese Herausforderungen klare Antworten. Hochlohnländer wie Deutschland sollten sich auf entsprechend qualifizierte Produkte und Tätigkeiten konzentrieren und den ärmeren Ländern die Produktion einfacherer Güter überlassen. Tun sie das nicht oder versuchen sie gar, durch Mindestlöhne und Protektionismus längst ver-

lorenes Terrain zu verteidigen, so kommt es zwangsläufig zu Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsverlusten auf beiden Seiten. Ein entsprechender Strukturwandel ist somit unvermeidlich, aber das ist offenbar leichter gesagt als getan. Aufgrund ihrer mangelnden Qualifikation können viele freigesetzte Beschäftigte nicht ohne Weiteres Stellen in den wachsenden Hochtechnologiesektoren annehmen. Gelingt eine entsprechende Qualifizierung nicht, bieten sich Kombinationen aus verdientem Markteinkommen und ergänzenden staatlichen Transfers an. Mindestlöhne würden allerdings selbst diesen Lösungsweg verbauen, weil entsprechende Modelle dann schlicht ungesetzlich wären. Sie würden auch einen anderen aussichtsreichen Weg zunichte machen, nämlich die Beschäftigung Geringqualifizierter in solchen Bereichen, die nicht so einfach durch Verlagerung substituierbar sind. Dazu gehört zum Beispiel der große Bereich personengebundener Dienstleistungen, etwa im Gesundheitssektor. Aber auch in Hochtechnologieunternehmen gibt es so manches zu tun, wofür man nicht unbedingt ein Hochschulstudium braucht. Je weniger Hindernisse der Staat und die Tarifparteien für solche Beschäftigungsverhältnisse aufbauen, desto günstiger sind die Chancen für eine breite Teilhabe der Arbeitnehmer an den Globalisierungschancen. Wie das Beispiel anderer Länder zeigt, kann auf diese Weise durchaus Vollbeschäftigung erzielt werden.

Protektionismus und Konservierung bisheriger Strukturen können auch deswegen keine Antworten auf die Herausforderung der Globalisierung sein, weil man dann über kurz oder lang mit entsprechenden Gegenmaßnahmen der Handelspartner rechnen müsste. Ohne seine offene Volkswirtschaft hätte Deutschland auch nicht die Exporterfolge der vergangenen Jahre erzielen können und sich damit seines größten Wachstumstreibers beraubt. Die Zukunft kann für Deutschland deshalb nur in einer Konzentration auf die vorhandenen Kernkompetenzen liegen. Investitionen in Humankapital sind dabei ein

entscheidender Ansatzpunkt, um sich Wissensvorsprünge vor der internationalen Konkurrenz und neue Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Es muss aber auch eine entsprechende Flexibilität der Märkte und der Politik gegeben sein, damit entsprechende Vorteile nicht durch Überregulierung und mangelnde Flexibilität wieder verloren gehen. Nicht Abwehrhaltung und Protektionismus, sondern offene Märkte und Flexibilität im Wettbewerb haben Deutschlands Erfolg in der Nachkriegszeit begründet.

Als großer Kapitalexporteur sollte Deutschland schließlich auch interessiert daran sein, dass die Kapitalmärkte so offen wie möglich bleiben. Der vorschnelle Ruf nach einem Schutz vor unerwünschten ausländischen privaten wie staatlichen Investoren wie zuletzt etwa im Rahmen der Diskussion zu den sogenannten Hedgefonds oder auch den Staatsfonds ist deshalb nicht ungefährlich. Nicht umsonst ist die Freiheit des Kapitalverkehrs als eine der vier großen Freiheiten im gemeinsamen Europäischen Binnenmarkt grundsätzlich europarechtlich abgesichert und wird auch durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs regelmäßig bestätigt.

Literatur

- Amble, B. (2000): International Specialisation and Growth, *Structural Change and Economic Dynamics*, Vol. 11, S. 413-431.
- BDI et al. (Hg): *Systemkopf Deutschland Plus*, BDI-Drucksache Nr. 405 (2008)
- Chang, R., Kaltani, L. und Loayza, N. (2005): *Openness Can Be Good for Growth: The Role of Policy Complementarities*, World Bank Policy Research Working Paper, No. 3763.
- Cuaresma, J. C. und Wörz, J. (2005): On Export Composition and Growth, *Review of World Economics*, Vol. 141 (1), S. 33-49.
- Dollar, D. (1992): Outward-Oriented Developing Economies Really Do Grow More Rapidly: Evidence from 95 LDCs, 1976-85, *Economic Development and Cultural Change*, Vol. 40 (39), S. 523-544.
- Dollar, D. und Kraay, A. (2004): Trade, Growth and Poverty, *Economic Journal*, Vol. 114 (493), S. 22-49.
- Edwards, S. (1998): Openness, Productivity, and Growth: What Do We Really Know?, *Economic Journal*, Vol. 108 (447), S. 383-398.
- Feder, G. (1982): On Exports and Economic Growth, *Journal of Development Economics*, Vol 12, S. 59-73.
- Grossman, G. und Helpman, E. (1991): *Innovation and Growth in the Global Economy*, Cambridge, MIT Press.
- Harrison, A. (1996): Openness and Growth: A Time-Series, Cross-Country Analysis for Developing Countries, *Journal of Development Economics*, Vol. 48 (2), S. 419-447.
- Loayza, N., Fajnzylber, P. und Calderon, C. (2005): *Economic Growth in Latin America: Stylized Facts, Explanations, Forecasts*, World Bank Latin American and Caribbean Studies, Washington, The World Bank.
- Lucas, R. E. (1988): On the Mechanics of Economic Development, *Journal of Monetary Economics*, Vol. 22, S. 3-42.
- Mathes, J. (2006): Deutschlands Handels-spezialisierung auf forschungsintensive Güter, *IW-Trends*, Nr. 3.
- Rodrik, D. und Rodriguez, F. (2001): Trade Policy and Economic Growth: A Skeptics Guide to the Cross-National Evidence, in: Bernanke, B. und Rogoff, K. (Hrsg.), *NBER Macroeconomics Annual 2000*, Vol. 15, MIT Press, S. 261-325.
- Romer, P. (1986): Increasing Returns and Longrun Growth, *Journal of Political Economy*, Vol. 94, S. 1002-1037.
- Sachverständigenrat (2004): *Erfolge im Ausland – Herausforderungen im Inland*, Jahresgutachten 2004/2005, Stuttgart.
- Schintke, J. und Stäglin, R. (2003): Export stützt Beschäftigung, *DIW Wochenbericht*, Nr. 9.
- Statistisches Bundesamt (2006): *Konjunkturmotor Export*, Wiesbaden.



Das Internationale Standort-Ranking vergleicht die 21 wichtigsten Industrienationen in den Zielbereichen Beschäftigung und Wachstum.

Auf Basis neuester OECD-Daten werden dazu für jedes der 21 Länder ein Erfolgs- und ein Aktivitätsindex berechnet.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)
Internationales Standort-Ranking 2007
Wachstum und Beschäftigung

2007, 192 Seiten, Broschur
€ 25,- / sFr. 43,90
ISBN 978-3-89204-887-9

BertelsmannStiftung

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Str. 256
33311 Gütersloh
Tel.: 05241 81-81581
Fax: 05241 81-81982
www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich:
Eric Thode

Autoren:
Prof. Dr. Ulrich van Suntum
vansuntum@insiwo.de
Dipl.-Volkswirt Sebastian Gundel
gundel@insiwo.de

Ansprechpartner:
Eric Thode
eric.thode@bertelsmann.de
Dr. Thorsten Hellmann
thorsten.hellmann@bertelsmann.de

Druck:
medienfabrik, Gütersloh



Der friedliche Wandel autoritärer Staaten zu Demokratie und Marktwirtschaft stellt Bürger und Politiker vor gewaltige Herausforderungen. Überall auf der Welt ringen reformorientierte Gruppen um Demokratisierung und die Verbesserung der Wirtschaftskraft – unter verschiedenen Ausgangsbedingungen und mit unterschiedlichem Erfolg. Eine kluge politische Steuerung trägt maßgeblich zum Gelingen oder Scheitern solcher Prozesse bei.

Zum dritten Mal legt die Bertelsmann Stiftung den Bertelsmann Transformation Index (BTI) vor. Das globale Ranking bewertet und vergleicht Transformationsprozesse weltweit auf der Grundlage von detaillierten Ländergutachten. Der BTI informiert über den Stand von Demokratie und Marktwirtschaft und bietet umfassende und systematische Vergleichsdaten über die Qualität der politischen Gestaltungsleistung in 125 Transformationslän-

dern im Zeitraum von 2005 bis 2007. Alle Ländergutachten und Daten sind auf der beiliegenden CD-ROM dokumentiert.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)
Bertelsmann Transformation
Index 2008

2008, 244 Seiten, Broschur
mit CD-Rom
€ 38,- / sFr. 63,-
ISBN 978-3-89204-967-8